
4568/J XXIV. GP

Eingelangt am 24.02.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Gerhard Huber
Kolleginnen und Kollegen

an die Frau Bundesministerin für BM für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend :Weitergabe eines Postkastenschlüssels durch die österreichische Post AG an die ÖVP

In Nußdorf-Debant / Osttirol kam es im Jänner zu einem Vorfall zwischen der österreichischen Post AG und Wahlkampfhelfern der ÖVP, welches mit folgender Kurzschilderung beschrieben wird.

Wir bestätigen mit unserer Unterschrift die Richtigkeit des Vorfalles

Im Jänner 2010 (genaues Datum nicht mehr bekannt) am Vormittag plauderte ich mit einer Nachbarin im Stiegenhaus als gegen 10:30 Uhr ein Wahlkampfhelfer der ÖVP die versperrbaren Postkästen aufsperrte und Werbematerial hineinlegte. Die Postkästen befinden sich im Wohnhaus und haben keinen Briefschlitz, also dürfte nur ein Angestellter der Post Zutritt dazu haben.

Wir finden das unverschämt, das die Post der ÖVP den Universalschlüssel gibt und unerlaubt in unsere Privatsphäre eindringt.

Diese Beobachtung liegt mir mit 2 Unterschriften vor.

Da der Verdacht besteht, dass es solche Vorfälle öfters gibt, bzw. hier die ÖVP in der ganzen Gemeinde in Nußdorf-Debant unerlaubten Zugang zu den Postfächern bekommen hat stellen Unterfertigte Abgeordnete an die Frau Bundesministerin für BM für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

ANFRAGE

1. Wie beurteilen Sie als verantwortliche Bundesministerin oben genannten Vorfall?
2. Welche Initiativen setzten Sie um oben genannte Vorfall zu untersuchen?
3. Ist es richtig, dass Vorfälle dieser Art vermehrt in den letzten Jahren an ihr Bundesministerium gemeldet wurden?
4. Wenn ja mit welchen Gegenmaßnahmen hat ihr Bundesministerium reagiert, um solche Vorfälle zu verhindern?
5. Wenn ja, wie viele Vorfälle dieser Art wurden in den letzten Jahren an ihr Bundesministerium gemeldet?
6. Können Sie Vorfälle dieser Art durch private Postdienstleister in Zukunft ausschließen?
7. Wenn nein, warum nicht?
8. Wenn ja, mit welcher Begründung?
9. Welche politischen Schritte setzen Sie, um die Bundes-ÖVP von diesem Vorfall, im Sinne einer objektiven Aufklärung des Vorfalles, zu informieren?
10. Können die betroffenen Einwohner, welche sich in ihrer Privatsphäre verletzt fühlen, mit ihrer persönlichen Unterstützung rechnen, oder entziehen Sie ihr Ministerium aus der Verantwortung?
11. Nach welchen Kriterien erfolgt die Ausgabe eines Universalschlüssels für Postkästen?
12. Liegen ihrem Ministerium Zahlen vor, welche einen Missbrauch von Universalschlüssel für Postkästen aufzeigen?
13. Wenn nein, warum nicht?
14. Wenn ja, wieviele Missbräuche diesbezüglich gab es seit 1. Jänner 2007? (bitte Aufstellung nach Bundesland und Postleitzahl)